der Koalition bestehen und die Absicht der Industriemagnaten offen und brutal durchführen, versuchen in Sachsen die Sozialdemokraten, die Arbeiter durch ihre sogenannte Oppositionsstellung zu täuschen und ihre wirkliche Unterstützung des Finanzkapitals zu verschleiern.

Als nach den Landtagswahlen die Regierungsbildung auf der Tagesordnung stand, schrieb die gesamte sozialdemokratische Presse sehr heftig gegen die Bildung einer Koalitionsregierung. Damals standen die Gemeinderatswahlen bevor, und die Sozialdemokraten brauchten Zeit, um die Arbeiter über ihre wirkliche Einstellung zu täuschen. Die Kommunistische Partei hat damals den Arbeitern gesagt, daß nach den Gemeinderatswahlen auch die sächsischen Sozialdemokraten sich bereiterklären werden, in die große Koalition zu gehen, und daß sie alles darauf abstellen, auch in Sachsen Koalitionspartei zu sein. Jetzt sind die Sozialdemokraten bereit, den Schritt in die große Koalition zu unternehmen. Für sie handelt es sich jetzt nur noch darum, den Arbeitern vortäuschen zu können, daß das Eintreten in die Koalition ein „Vorteil" für die Arbeiter sei. Die Sozialdemokraten stellen nicht mehr die Frage, durch den Eintritt in die Koalition etwas für die Arbeiter zu gewinnen, sondern sie sagen, daß der Eintritt in die Koalition notwendig werde, um Vorhandenes zu erhalten. Die eine Propagandaphrase ist so verlogen wie die andere denn jede Koalitionsregierung wird, wie jede andere Regierung im bürgerlichen kapitalistischen Staat, die Faschisierung weiter fortführen, die Massenbelastung steigern, den brutalen Terror gegen die arbeitenden Massen verschärfen, die Sozialversicherung verringern und ihrem Abbau entgegenführen.

Eine Koalitionsregierung wird die Betriebsstillegung weiter fördern, die Massenentlassungen durch die Unternehmer unterstützen, die Nationalisierung, das gesteigerte Tempo der Ausbeutung nicht nur dulden, sondern verschärfen helfen.

Der Schacher um die große Koalition

Volkspartei und Sozialdemokraten sind beide bereit die Koalition zu bilden. Die Demokraten haben schon die entsprechende Erklärung dafür im Landtag abgegeben. Die „Zittauer Morgenzeitung" unterstreicht die Erklärung der demokratischen Fraktion und schreibt:

„Darum wird man in Dresden doch wohl endlich einmal zwangsläufig zu der Ueberzeugung kommen, daß eines Tages doch eben nichts anderes übrigbleiben kann, als die große Koalition."

Der Vertreter der Volkspartei, der Abg. Lüther erklärte im Sächsischen Landtag, daß die Volkspartei bereit ist, mit allen Parteien eine Regierung zu bilden die sich dazu bereit erklären. Die sächsische sozialdemokratische Presse nimmt in ihren Ausgaben vom 20. Februar Stellung zu der Lage in Sachsen und durch alle sächsischen sozialdemokratischen Blätter geht die offene Bereitschaftserklärung zur Koalitionsbildung. In der sozialdemokratischen Fraktion arbeiten die Herren Arndt Dobbert und Liebmann ueberhaupt daran die Koalition zustande zu bringen. Sie sind auch diejenigen, die die Vorbereitung für die Bildung der großen Koalition unter der sozialdemokratischen Mitgliedschaft führen. Prinzipielle Widerstände gegen die Koalition bestehen in der Sozialdemokratischen Partei nicht. Die „Leipziger Volkszeitung" nimmt noch am vorsichtigsten Stellung. Sie schreibt:

„Was die Sozialdemokratie tun wird? Sie muß selbstverständlich prüfen, ob und wie die Wiederkehr einer Regierung vermieden werden kann, denn ein zweites Düngerkabinett wäre sicher eine um vieles verschlechterte Ausgabe des ersten."

Schlußfolgerungen zieht die Leipziger Volkszeitung noch nicht, jedoch ist die gesamte Formulierung darauf abgestellt, die Bahn freizuhalten und freizumachen für die Bildung der großen Koalition. Der Abg. Böchel bemüht sich schnellstens, in der „Chemnitzer Volksstimme" zu erklären: „Wir lehnen eine Koalition nicht grundsätzlich ab." Er fügt dann hinzu, daß sie aber noch lieber „in der Opposition kämpfen werden, als auch nur einen Fuß breit Boden in einer Koalition preiszugeben". Dieses Gerede ist genau so zu bewerten, als wenn der Vertreter der Volkspartei erklärt, daß eine große Koalition für ihn nicht diskutabel sei, um in gleichem Atemzug die Bildung der großen Koalition zu propagieren.

(Schluß folgt.)

Sammelt 100000 Unterschriften

für die Vollamnestie der proletarisch-politischen Gefangenen

Polizeiüberfall auf das Karl-Liebknecht-Haus in Berlin, Verbot der Antifaschistischen Garden in Hamburg, Breslau und Berlin, 25 KPD-Redakteure im Gefängnis, Massenprozesse gegen revolutionäre Arbeiter. Viele Jahre und Monate Gefängnis. Genosse Kobitsch-Meyer im Zuchthaus Brandenburg zu Tode gequält, Mord an demonstrierenden Arbeitern in Worms und Hartmannsdorf — 9 Arbeiter erschossen durch Polizeikugeln, noch 60 Schwerverletzte liegen in Krankenhäusern — Haussuchungen, Beschlagnahmen, Pressevorbote, das ist das Resultat sozialfaschistischer Regierungs„kunst" seit 1. Januar 1930.

Das Republikschutzgesetz, das neue Strafgesetz, das neue Vereinsgesetz, Verbot von Arbeiterversammlungen, Abbau der Sozialversicherung, erhöhte Steuern, Massenerwerbslosigkeit, Massenelend, Nationalisierung in den Betrieben, Lohnabbau, das ist das Gesicht des Youngdeutschland.

Tscherwonzenfälscherprozeß, Aufruf des Papstes an die kapitalistische Welt zum Kampf gegen „bolschewistische Unkultur", Forderung des „Vorwärts" nach Abbruch der Beziehungen zwischen Deutschland und der Sowjetunion. Vorbereitung des Raubkrieges gegen die Sowjetunion. Blutige Unterdrückung der Kolonialvölker durch die imperialistischen Räuber, Klassenkampf in der ganzen Welt.

Die Bourgeoisie kämpft verzweifelt gegen die immer rascher ansteigende revolutionäre Front unter der Führung der Kommunisten.

Alle Machtmittel, Justiz, Polizei, Militär, setzt sie gegen die Arbeiterschaft ein, um die Erhaltung ihrer Ausbeuterherrschaft.

Die sozialdemokratische Führerschaft, Severing, Wissell, Grzesinski, Zörgiebel leistet die Bütteldienste im Interesse der Bourgeoisie, will Arbeitsgemeinschaft, Wirtschaftsdemokratie, Wirtschaftsfrieden mit der Bourgeoisie. In England, in Frankreich, in Polen, in den Terrorländern marschiert sie an der Spitze in der Anwendung faschistischer Methoden gegen das revolutionäre Proletariat.

Die deutsche Arbeiterklasse, die sächsische Arbeiterschaft muß einmütig zusammenstehen im Kampfe gegen den faschistischen Terror der unter sozialdemokratischer Führung stehenden Polizei, gegen die bürgerliche Klassenjustiz, die Hunderte und Tausende von revolutionären und oppositionell eingestellten Arbeitern hinter Zuchthausmauern bringen will. Muß kämpfen für die Amnestierung unserer proletarischen politischen Gefangenen, wie Rudolf Margies, Burkhardt, Baikhard, Göckeler, Mehlhorn und vieler anderer ehrlicher Revolutionäre.

Die Genossen Burkhardt und Mehlhorn sind Anfang des Monats Februar 1930 vom Zuchthaus Sonnenburg nach dem Zuchthaus Brandenburg transportiert worden. Die Verlegung bedeutet

Gefahr für das Leben dieser Revolutionäre!

Im Zuchthaus Brandenburg ist der Genosse Herbert Kobitsch-Meyer zu Tode gequält worden.

Die Klassenjustiz
will die Genossen Burkhardt und Mehlhorn morden.

Fememörder und Bombenwerfer sind frei.

Revolutionäre Arbeiter werden im Zuchthaus weiter festgehalten, um die Amnestie betrogen.

Arbeiter! Klassengenossen! Die Rote Hilfe ruft euch zum **Kampf um die Vollamnestie für die proletarischen politischen Gefangenen.**

Der Kampf um die Vollamnestie ist ein
Kampf gegen Severings Zuchthausgesetz und die Klassenjustiz.

Die Unterschriftensammlung der Roten Hilfe für die Vollamnestie der proletarischen politischen Gefangenen muß zu einem wuchtigen Protest gegen die herrschende Klasse und ihre Justiz werden, ein gewaltiger Auftakt gegen das neue Republikschutzgesetz.

Unterschreibt die Sammellisten der Roten Hilfe!

Gebt für den Kampffonds zur Unterstützung der Opfer des Polizeiterrors und der Klassenjustiz.

Neuer Zollwucher beschlossen

Reichsregierung verordnet Erhöhung des Tee- und Kaffeezolles

Berlin, 21. Februar. (Eig. Drahtmeldung.)

Das Reichskabinett hat gestern beschlossen, eine Erhöhung des Kaffee- und Teezolles vorzunehmen. Diese neue Massenbelastung der werktätigen Bevölkerung wird durchgeführt auf Grund eines Ermächtigungsgesetzes vom 8. April 1922. Der Reichsfinanzminister wird eine einfache Verordnung erlassen, wonach die Zollerhöhung bereits am 5. März in Kraft tritt. Diese erneute Maßnahme des Reichskabinetts, die Verbraucherzölle erneut zu erhöhen **ohne überhaupt im Reichstag diese Frage zur Verhandlung zu stellen**, zeigt nicht nur die Hungerpolitik der deutschen Regierung, sondern auch gleichzeitig den verstärkten faschistischen Kurs. Die Sozialfaschisten sind mit dieser neuen Massenbelastung der Arbeiterschaft vollkommen einverstanden. Der „Vorwärts" vom 21. Februar schreibt:

„Es handelt sich beim Kaffee- und Teezoll um reine Finanzzölle, deren Ertrag restlos der Staatskasse zugute kommt. Das Reichskabinett schafft durch diese Maßnahme die für das Reich erforderlichen neuen Einnahmen."

Wie sich die neuen Zölle auswirken werden, zeigen einige Vergleiche mit Zahlen. Gebrannter Kaffee wird statt mit 1.75 Mark mit 3 Mark, Tee statt mit 2,20 Mark mit 3.50 Mark pro Kilo verzollt werden. Das bedeutet eine Erhöhung des Kaffee- und Teezolles um etwa 60 bis 80 Prozent.

Die „Linken" winden sich

Die „Leipziger Volkszeitung" hat eine neue Methode entdeckt, die Arbeiter über Koalitionslüsternheit hinwegzutäuschen. Sie macht die lächerliche Bemerkung:

„Unseres Wissens hat der SLZ-Pressedienst auf dem Umweg über die „Frankfurter Zeitung" bereits von der Entschließung Kenntnis erlangt. Der Bericht der „Frankfurter Zeitung" ist eine Drahtmeldung aus Dresden."

Dieser Bericht der „Frankfurter Zeitung" behandelt einen Beschluß des Bezirksvorstandes der SPD von Leipzig,

sich gegenüber den in Frage kommenden Parteien zu Verhandlungen über die Neubildung der sächsischen Regierung bereit zu erklären."

Dieser Beschluß wurde gegen eine Stimme angenommen. Die „Leipziger Volkszeitung" und der Bezirksvorstand der SPD wagten nicht, sofort diesen Beschluß zu veröffentlichen, sondern ließen erst die Stimmung durch die bürgerliche Presse vorbereiten. Die sozialdemokratischen Arbeiter müssen den „linken" Sozialfaschisten eine entsprechende Antwort erteilen und diesen Betrügern den Rücken kehren.

Halentreuzler im Druck

„Wir glauben es aber heute schon zu wissen, schweigen aber zunächst noch"

So nimmt das Faschistenblättle zu den Koalitionsfragen in Sachsen Stellung. In der Tat. Wenn dem Herrn Killinger und seinem „Fähnlein" im Sächsischen Landtag vom Genossen Renner zugerufen wurde, daß sie in eine Schwachbegabtenschule gehören, so zeigt der lange Artikel (Demokratische Führer?) eine solche Hilflosigkeit der Nazis in den sächsischen Fragen, die die absolute Richtigkeit der Behauptung des Genossen Renner bestätigen. Kein einziger Gedanke, der originell ist, wird in diesem Artikel zum Ausdruck gebracht und ihre ganze Hohlheit versuchen die Nazis zu verbergen hinter dem oben von uns zitierten Satz. **Es ist eine Tatsache, daß die Nazis den brutalen Raubzug der Düngeregierung gegen die Werktätigen Sachsens bis zu Ende mitmachten.** Die Arbeiter werden überall dort wo sie nach sozialdemokratischer Manier ihren Betrug an den Massen als „Erfolg" anzupreisen versuchen, diesen Burschen die Antwort geben. Landsknechte sind die Faschisten, deren Handwerk darin besteht, die gegen die bitterste Not kämpfenden Massen zu terrorisieren und hinterrücks zu meucheln. Treibt sie zu Paaren überall, wo sie versuchen, die Arbeiter zu betrügen und zu terrorisieren!

Streik der Taxifahrer in Leipzig

Leipzig, 21. Februar. (Eig. Drahtmeldung.)

Gestern nachmittag beschloß eine von zirka 450 Chauffeuren besuchte Versammlung, in der nahezu sämtliche Taxichauffeure erfaßt waren, gegen nur 6 Stimmen den sofortigen Beginn des Streiks für die von den Unternehmern abgelehnten Lohnforderungen. Die Versammlung wählte sofort eine Streikleitung. Unter dem Druck der einheitlichen Kampfstimmung mußte auch die Vertretung des Verkehrsbundes ihre Zustimmung zum Streik geben. Seit gestern abend ruht bereits der gesamte Taxenautobetrieb.

Stürmischer Aufstieg unserer Presse

Das Kampforgan des ostpreußischen Proletariats, das „Echo des Ostens", hat in den letzten Wochen eine beispiellose Zunahme der Abonnentenzahl erhalten. Im Januar stieg die Abonnentenziffer um 1440, in der ersten Hälfte des Februar kamen weit über 700 neue Abonnenten hinzu und täglich laufen viele Dutzende von Bestellungen ein.

Je wilder die Schmutzkübeloffensive der bürgerlich-sozialdemokratischen Kanalpresse gegen die KPD wütet, je stärker die Hetze gegen die Sowjetunion anschwillt, je brutaler die Polizeiattacken gegen die Arbeiterschaft werden, desto mehr erkennen die werktätigen Massen, daß die Verfolgungen und die Hetze gegen die Kommunistische Partei nur dem Zweck dienen, von der schamlosen Auswucherungspolitik der Bourgeoisie und Sozialfaschisten abzulenken. Die Kommunistische Partei und die Kommunistische Presse zeigen den Ausgebeuteten und Unterdrückten den Weg des Kampfes aus ihrem Elend.

Zörgiebelterror im Licht der bürgerlichen Presse

Die kapitalistische Presse hat aus Sensationsgründen über den Ueberfall auf das Karl-Liebknecht-Haus ausführlich berichtet, wobei manche Stellen mit unterliefen, die den Zörgiebel-Terror kraß beleuchten. Der „Berliner Börsen-Courier" schreibt am Abend des 18. Februar:

„Die Lage am Bülowplatz ist noch immer bedrohlich. Die Fenster des Karl-Liebknecht-Hauses müssen geschlossen gehalten werden, da die Polizei anscheinend befürchtet, daß sie von oben beworfen werden könnte. **Die Revolver einiger Polizeibeamten sind dauernd auf die Fenster gerichtet.** Durch die Linienstraße, in der sich besonders viel Demonstranten bemerkbar machen, fährt die Polizei immer wieder mit ihren Ueberfallwagen."

Am Morgen des 19. Februar schrieb dasselbe Blatt:

„In den Abendstunden nahm die Polizei eine größere Aktion vor, wobei recht rigoros auch **gegen völlig Unbeteiligte** vorgegangen wird. Die Polizei ist merklich nervös. Einer unserer Mitarbeiter, der aus einer Seitenstraße kommend, sich über die Vorgänge informieren wollte, lernte die Unfreundlichkeiten des Gummiknüppels allzu deutlich kennen. Eine Beschwerde und der berufliche Ausweis bei dem verantwortlichen Hauptmann blieben ohne Eindruck."

Das „Berliner Tageblatt", Morgenausgabe am 19. Februar, schrieb:

„Anläßlich der Besetzung des Karl-Liebknecht-Hauses durch die Schutzpolizei und der Durchsuchung der Räume der „Roten Fahne" durch die politische Polizei bildeten sich gestern abend in den Straßen des Nordens und Ostens der Stadt Demonstrationszüge, die nach dem Bülowplatz zu gelangen versuchten. Die Polizei mußte am Kaiserplatz, am Arnswalder Platz, am Strausberger Platz, in mehreren Straßen im Norden der Stadt, in der Potsdamer Straße, in der Lützowstraße und in Moabit die Demonstrationszüge auflösen und die Menge mit dem Gummiknüppel zerstreuen. Immer wieder kam es zu kleinen Ansammlungen an den genannten Stellen, die Menge wollte sich nicht beruhigen, so daß die Polizei bis in die späten Abendstunden hinein gezwungen war, **starke Kräfte einzusetzen**."

Ein Kommentar zu diesen Pressestimmen ist überflüssig.

Sozialfaschistische Bestialität

Bein abgeschossen, dann noch angeklagt

Abschnitt aus der Praxis der Berliner Schupo

Hauptverhandlung vor dem Schöffengericht Wedding. Im Zuschauerraum nur Arbeiter. Auf der Zeugenbank reichlich viel Schupo und einige Jungarbeiter. Verteidiger sind die Anwälte Barbasch und Rosenfeld. Angeklagt, und zwar des Widerstandes **gegen die Staatsgewalt und zum Teil auch der Beleidigung, sind Karl Rohde und Rudolf Seiffert, Mitglieder der KJ und drei weitere Jungarbeiter vom Wedding.**

Aus Anklage, Zeugenaussagen und Augenschein ergibt sich wieder einmal der Tatbestand des systematischen Einsatzes einer hirnlosen Bürgerkriegsmaschine gegen das um Tagesforderungen und um seine Zukunft kämpfende Proletariat.

Genosse Rudolf Seiffert **nimmt am** 20. März 1929 an einem Demonstrationszug teil, der sich nach einer Versammlung der KJ in den Pharussälen bildet. 60—80 Jungarbeiter ziehen da singend in Richtung des Leopoldplatzes. Seiffert in der ersten Reihe. Die zwei jetzt hier auch als Zeugen auftretenden Polizeibeamten Wendland und Ziemer stellen sich ihnen entgegen und versuchen, den Zug durch Anruf und Drohung zu sprengen. Aber es gelingt nicht. Die Kolonnen marschieren rechts und links an den Schupos vorbei. Damit wäre nun der Fall fürs erste erledigt gewesen, wenn nicht die Zörgiebelbanden doch tatsächlich das wären, wofür die Berliner Proleten sie halten. Ziemer und Wendland machen jetzt nämlich kehrt, zücken die Pistolen und Gummiknüppel und stürzen sich so auf die ruhig weitergehenden Demonstranten. Wendland fixiert Rohde, Ziemer Rudolf Seiffert. Warum?

Die protokollarischen Angaben der Vernehmungen über den Grund der Festnahme sind heute zu einem Nichts zusammengeschrumpft. Die beschworenen Lügen der beiden Beamten hatten so kurze Beine, daß sie das dazwischenliegende Jahr nicht durchlaufen konnten.

Denn jetzt kam es heraus: **Weil Demonstrationsverbot war.** Mithin ein Vorspiel zum 1. Mai.

Deshalb hat also der Schupo Ziemer den jungen Seiffert, dem ein Bein amputiert wurde, zum Krüppel geschossen. Er lügt zwar auch jetzt noch sehr viel auf Konto des Eides, er hat zwar auch jetzt noch die Stirn, sich als „schwer bedrängt" zu bezeichnen, und von Seiffert selbst als dem „Herrn da, der zufällig verwundet wurde", zu sprechen. Aber all das ändert doch nichts an der abschließenden gerichtlichen Feststellung zwischen den Zeilen der Protokolle, an der Feststellung nämlich,

daß ein im Dienst vorbestrafter, saul- und rauflustiger Polizeibandit den nächstbesten Arbeiter, der ihm in den Weg kommt, im Namen der sozialdemokratischen Demokratie ohne weiteres aus Halbmeterentfernung von hinten zu Boden knallen darf.

Jetzt ist Herr Ziemer entlassen und „Versorgungsanwärter". Doch im übrigen stimmt es: Selbst das bürgerliche Klassengericht wird am Ende nicht umhin können, den Meineidsrekorden Ziemers Beachtung zu widmen, und dann, „versorgt" wird Ziemer auch werden, wenn es mal an der Zeit ist.

Rohde und Seiffert wurden freigesprochen. Die anderen drei Jungarbeiter wurden wegen Beleidigung zu Geldstrafen verurteilt. Die Beleidigung hat darin bestanden, daß sie es wagten, die Wahrheit zu sagen. Ziemer ist nämlich bestimmt ein „Arbeitermörder", aber außerdem repräsentiert er auch noch die Berliner Schupo in ihrem Verhalten gegen die Arbeiterschaft. Ein Unterschied ist da für uns nicht zu sehen.

Der KJVD mobilisiert die Jugend in den Betrieben und Organisationen, an den Stempelstellen und in den Arbeiterwohnungen zu einem wuchtigen Aufmarsch der Jungproletariats Ostern 1930 in Leipzig gegen die Bestialität des Sozialfaschismus.